

Ist die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) gerechtfertigt?

Statt 462.40 Franken pro Jahr sollen wir künftig nur noch etwa 400 Franken an Radio- und Fernsehgebühren berappen. Die Gebühren werden künftig aber geräteunabhängig von allen Haushaltungen und Unternehmen bezahlt. Ausnahmen gäbe es nur wenige. Die Gegner der Revision haben ein Referendum zustande gebracht.

Am 14. Juni stimmen wir über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) ab. Es regelt die Gebühren der öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehprogramme in der Schweiz. Mit dem überarbeiteten Gesetz sinken die Gebühren für alle Haushalte, und es gibt mehr Fairness.

Die Revision des RTVG lässt die Gebühren für alle Haushalte sinken. Gemäss Bundesrat werden neu pro Haushalt 400 statt wie bis anhin 462 Franken fällig. Zudem ist mit dem heute administrativ aufwendigen System endlich Schluss: Bewohnerinnen und Bewohner von Kollektivhaushalten – dazu

Die neue Mediensteuer ist ganz klar ungerecht. Statt die Gebühren für alle zu senken, sollen in Zukunft Personen, die weder Empfangsgeräte besitzen noch gebührenfinanzierte Programme konsumieren, diese Steuer bezahlen. Dazu zählen viele ältere Menschen. Auch Blinde und Gehörlose werden nach einer fünfjährigen Übergangsfrist zur Kasse gebeten. Unternehmen müssen der Billag noch mehr Geld abliefern, obwohl juristische Personen gar nicht Radio hören und fernsehen können.

Mit diesem unfairen Buebetrickli und der Behauptung, Sie müssten künftig nur noch 400 Franken an Gebühren bezahlen, wollen



Christophe Darbellay



Natalie Rickli

Dafür

Dagegen

Parteipräsident der CVP, www.darbellay.ch

gehören Altersheime, Internate und Spitäler – werden von der Medienabgabe befreit. Die Einrichtung bezahlt einen Kollektivbeitrag. Auch die Schweizer Unternehmen profitieren: Drei Viertel von ihnen werden von der Gebühr befreit, weitere neun Prozent werden weniger bezahlen als bisher.

Die Revision sorgt endlich auch für Gerechtigkeit und ist die notwendige Anpassung an den Wandel von Technologie und Mediennutzung. Radio- und Fernsehsendungen können heute via Computer, Tablet oder Smartphone fast immer und überall empfangen werden. Die Zahl der möglichen Empfangsgeräte ist damit in den letzten Jahren explodiert, und nahezu alle Unternehmen und Haushalte besitzen sie. Eine pauschale Medienabgabe ist deshalb gerechter als eine Gebühr, die nur die Ehrlichen bezahlen.

Das revidierte Gesetz senkt den bürokratischen Aufwand. Niemand muss sich mehr über lästige Billag-Kontrollen ärgern, denn diese werden überflüssig.

Sagen Sie darum Ja zum neuen RTVG – zu tieferen Gebühren und mehr Fairness!

Bundesrat und Parlament uns überlisten. Dabei steht dies gar nicht im Gesetz! Im Gegenteil: Der Bundesrat kann die Gebühren in alleiniger Kompetenz weiter erhöhen!

Dass es dem Bundesrat kaum ernst ist, die Gebühren zu senken, sieht man an der Entwicklung der Empfangsgebühren: Der Gebührentopf wurde immer grösser: 1998 betrug der Gesamtertrag 1,086 Mrd. Franken, während 2014 bereits 1,352 Mrd. Franken durch die Billag eingetrieben wurden. Die Gebühren für den Einzelnen wurden aber nicht gesenkt, und das Parlament will diesen Topf auch nicht verkleinern. Nur sollen die einen künftig etwas weniger, die anderen dafür mehr bezahlen. Das ist unfair.

Die Befürworter argumentieren, auch jene, die nichts konsumierten, profitierten von den Leistungen der gebührenfinanzierten Sender. Und es könne heute ja fast jeder auf seinem Handy fernsehen, deshalb sei die neue Steuer für alle gerecht. Das ist, wie wenn jeder die Zeitlupe abonnieren müsste, weil der grosse Teil der Bevölkerung lesen kann. Deshalb Nein zu dieser unfairen Billag-Mediensteuer.

Nationalrätin SVP, Winterthur, www.natalie-rickli.ch